

Länger arbeiten? Nein, danke!

Von Weltbank bis Wirtschaftskammer ist man sich einig: Die ArbeitnehmerInnen arbeiten zu wenig, das Pensionsalter muss angehoben werden. Damit soll die Krise auf uns abgewälzt werden. Kürzere Lebensarbeitszeit ist eine Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung - Es braucht entschlossenen Widerstand gegen die Angriffe!

Seite 2

Berlin: Streik im Krankenhaus

Nach 89 Tagen Streik nahmen die CFM-Beschäftigten am Berliner Universitätsklinikum Charité die Arbeit wieder auf. Sie haben durch einen entschlossenen Arbeitskampf und Solidarität einen Teilerfolg erzielt. Ein Bericht über die Schwierigkeiten und den aktiven und kreativen Arbeitskampf vom Mitglied der Streikleitung Sascha Stanicic.

Seite 12

Schwerpunkt

Demokratie unter Beschuss

Ratingagenturen geben im Kampf gegen die Schuldenkrise den Ton an. Experten-Regierungen werden einfach „ernannt“. Widerstand wird kriminalisiert.

Seiten 7-10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 205 | 02.2012

Lohn- und Sozialkürzungen: Wir wehren uns!

Langsam werden die Kürzungspläne der Regierung bekannt. Und flux sollen sie auch schon beschlossen werden. Das macht von Regierungsseite aus gesehen Sinn: Je kürzer die Zeit zwischen Bekanntwerden der Angriffe und ihrem Beschluss ist, umso schwerer ist es, Widerstand zu organisieren.

Vorwärts warnt seit Monaten, dass die Krise nicht vorbei ist. Der Verlust des dritten A's hat die Regierung geschockt. Es ist ein Skandal, dass undemokratische Privatvereine wie Ratingagenturen die Sozialpolitik von Staaten bestimmen können. Doch es

2-3stelligen Milliardenbereich bedeuten können, ein Weiteres. Um die Interessen von Banken und Unternehmen auch künftig bedienen zu können, schnürt die Regierung Sparpakte.

Im Visier hat sie Bildung, Gesundheit, Pensionen und den Öffentlichen Dienst. Tatsächlich betreffen die Angriffe z.B. KrankenflegerInnen und LehrerInnen, die weit unter 2000 Euro/Monat verdienen.

Es besteht die Gefahr, dass die Gewerkschaft im Abtausch für eine zahme Reichensteuer bereit ist, Kürzungen zu akzeptieren. Doch das können wir uns

FIGHT
ARBEITSLOSIGKEIT
SPARPAKET
RECHTSRUCK
KORRUPTION
2012

Unternehmen und Regierung wollen uns auch diesmal die Kosten der Krise aufbürden.

stimmt auch, dass die österreichische Wirtschaft auf tönernen Beinen steht. Dass sie exportabhängig und damit im Fahrwasser der deutschen Wirtschaft ist, ist das eine Problemfeld. Bankenspekulationen in Osteuropa, die Verluste im

nicht leisten! In Parlament und Landtagen sitzen jede Menge SpitzengewerkschafterInnen - sie dürfen den Angriffen auf ArbeitnehmerInnen nicht zustimmen. Vielmehr brauchen wir als ersten Schritt, um die Angriffe zurück-

zuschlagen einen eintägigen Aktions- und Streiktag noch VOR Beschluss des Sparpakets. Die Wut an der Gewerkschaftsbasis ist groß. Damit gewerkschaftlicher Widerstand erfolgreich ist, muss er auf breiter Basis in der Mit-

gliedschaft stehen. Dafür brauchen wir rasch eine Konferenz von Betriebsrätern, Personalvertretern und gewerkschaftlichen AktivistInnen, um Forderungen und Kampfschritte zu diskutieren und zu beschließen. Das Sparpaket kann verhindert werden - gemeinsam, kämpferisch und entschlossen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Nein zu Sozialabbau und Lohnkürzungen - wir haben die kapitalistische Krise nicht gemacht!
- Keine Zustimmung von GewerkschafterInnen zu den Angriffen!
- Eintägiger Aktions- und Streiktag VOR dem Beschluss, um das Sparpaket zu verhindern!



Der Standpunkt

von Sonja Grusch Lange haben wir nichts gehört in den Mainstreammedien vom „Klassenkampf“. Doch in letzter Zeit empört sich die Wirtschaftsseite häufiger über den „einseitig geführten Klassenkampf“ (Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner über die AK). Für den Chef der Industriellenvereinigung Sorger ist derselbe gar „anachronistisch“. Der ÖGB beeilt sich zu beruhigen, man wolle nur auf Ungerechtigkeiten hinweisen und am liebsten zu einer „sachlichen Diskussion zurückkehren“ (ÖGB-Präsident Foglar).

Doch das ist alles ein um den heißen Brei herumreden: denn tatsächlich herrscht ständig Klas-

Klassenkampf: Es darf ruhig ein bissel mehr sein!

senkampf, manchmal offener, manchmal versteckter, manchmal lauer, manchmal heißer – aber immer! Denn KapitalistInnen und ArbeiterInnen haben gegensätzliche Interessen und kämpfen darum, wie der Kuchen verteilt wird. Die Sozialpartnerschaft ist nichts „Anderes“, sondern bloß der Versuch, den Kuchen am Verhandlungstisch zu verteilen. Es gibt aber keine „gerechte“ Verteilung, denn die ArbeiterInnen haben das Mehl gemahlen, die Bäckerei gebaut und den Kuchen gebacken. Sobald sie davon etwas abgeben, ist es schon zu ihren Ungunsten. In Österreich findet Klassenkampf fast ausschließlich von Unternehmensseite – mit Unterstützung der Regierung – statt: Lohnkürzungen, Arbeitsdruckerhöhung, Pensionskürzung, Sozialabbau, Massensteuererhöhung...

Aus der Gewerkschaftsbasis steigt der Druck, endlich nicht mehr jede Sauerei von Regierung und Unternehmen hinzunehmen. „Endlich!“ war die Stimmung, als die MetallerInnen streikten. Der ÖGB ist gezwungen, zumindest ein bisschen aufzugehen. Von heißem Klassenkampf durch die ArbeiterInnen sind wir aber noch meilenweit entfernt. Doch genau diesen braucht es, um den Klassenkampf der KapitalistInnen zurückzuschlagen.

Impressum, Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundesvorsprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Finanzmärkte verzocken Geld der Pensionskassen

2003 wurde mit der „Pensionsreform“ bei Pensionen gekürzt. Begleitet wurde das von einer massiven Kampagne für das 3-Säulen-Modell, also private und betriebliche Pensionsvorsorge. Hintergrund: Die Finanzmärkte wollten den Pensionsmarkt als neues, lukratives Investitionsfeld. Geld, um das Viele, die in Pensionsfonds eingezahlt haben, nun in der Krise umgefallen sind. Die Pensionskassen mussten 2011 Verluste

von mindestens 15 Millionen zugeben, bei den Betriebspensionen gibt es 2012 für 70% der BezieherInnen eine Kürzung.

Die Gewinne der Unternehmen in Österreich sind von 2000-2008 um 62% gestiegen, die Löhne nur um 27%. Da ist das Geld für die Pensionen und nicht in privaten Pensionskassen, die unser Geld verwenden, um auf den Finanzmärkten zu spekulieren oder für günstige Kredite an Firmen.



Länger arbeiten? Nein, danke!

Die Regierung spart bei Gesundheitssystem. Keine Jobs und kaputtgearbeitet: das sind die Gründer, warum Menschen früher in Pension gehen müssen

nen konsequenten Kampf organisieren – ohne klein beizugeben, wie 2003 im Kampf gegen die Pensionsreform! Statt länger ar-

Kürzere Lebensarbeitszeit ist Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung!

länger arbeiten sollen wir auch. Ein Rezept für Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Schon jetzt gilt man mit 50 als unvermittelbar: Einsparungen bringt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit also nur, wenn auch bei den Arbeitslosen gekürzt wird. Die Regierung hetzt gegen FrühpensionistInnen, will ein Bonus-Malus-System. Aber Arbeit macht im Kapitalismus krank – selbst ohne Einsparungen im

sen. Je länger wir arbeiten müssen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir unsere Pension nicht mehr erleben! Das die Pensionen „unfinanzierbar“ seien ist eine Lüge: Wir leisten immer mehr in der Arbeit und auch Gewinne werden gemacht.

In Britannien haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Anhebung des Pensionsantrittsalters gestreikt! Auch bei uns muss der ÖGB ei-

beiten, Personalabbau und Angriffe auf Arbeitslose:

- Recht auf Pensionsantritt mit 55 ohne Abschläge!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Offensive Lohnrunden des ÖGB! Mindestlohn 1200,- netto!
- Verstaatlichung der Schlüsselbetriebe unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnenklasse!

Laura Rafetseder



Frauen-Pensionsantritt: Gleichberechtigung? Altersarmut!

Derzeit bleiben die Frauenpensionen auch aufgrund des niedrigeren Pensionsantrittsalters hinter jenen der Männer zurück. Frauen werden ab Erreichen des niedrigeren Regelpensionsalters aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und in die Pension gezwungen. Dadurch gehen wertvolle Beitragsmonate verloren.“ (Bundeskanzleramt - SPÖ) Die Verlängerung der Arbeitszeit für Frauen als Schritt in Richtung Gleichberechtigung

zu verkaufen ist widerlich. Darüber können wir reden, wenn Frauen dasselbe verdienen, es kostenlose Kinderbetreuung für alle gibt und auch eine 55-jährige noch mehrere Jobs zur Auswahl hat!

Denn Frauen verdienen um 1/3 weniger als Männer. Sie leisten 2/3 der unbezahlten Arbeit. Eine Anhebung des Pensionsantrittsalters drängt Frauen länger in die Arbeitslosigkeit und noch mehr in die Altersarmut!

Der Waffenunternehmer Glock spendiert dem AKH einige wenige seiner Millionen

Arbeitskampf statt Charity

Gaston Glock besitzt ca. 1000 (!) Millionen Euro. Das Geld stammt aus der Arbeitskraft vieler ArbeiterInnen. Mehr noch:

wahrlich effizient eingesetzte Werbemittel! Glock nützt wie andere Superreiche das unsägliche Privatstiftungsrecht und



„Rettet das AKH“. Auf der Homepage wird der neue Heiland demütig präsentiert. Anstatt alle Energien darauf zu verwenden,

Unterfinanzierung des AKH im Speziellen sowie des Gesundheitssystems im Allgemeinen ändern. Allein für 2012 fehlen

Charity kennen wir aus „Seitenblicke“-Beiträgen. Doch heute geht es nicht um Jeannine Schiller.

Glock lässt Waffen produzieren. Der Tod von Menschen gehört zum Geschäft. Oft verklagt er Organisationen und Personen, die daran Kritik üben. Moralisches ist er wohl kaum fürs Kinderfernsehen geeignet. Hat er ein Image-Problem? Vielleicht. Daher kommt ein Ausflug in die Welt der „Charity“ gerade recht. So gab er der AKH-Kinderklinik im Dezember 250.000 Euro. Das sind

enthält somit Staat und Gesellschaft Unsummen an Steuergeldern vor. Allein daran gemessen ist die Viertelmillion ein lächerlicher Betrag.

Und all dies spielt sich ausgerechnet in einem Bereich ab, in dem sich ein höchst bedeutsamer Arbeitskonflikt anbahnt. Ein Versuch, vom eigentlichen Problem abzulenken? Wir denken: gut möglich.

Doch leider zieht sein billiger Trick beim Verein

einen wohl unausweichlichen Arbeitskampf zu führen und in diesem für die nötige Solidarität zwischen den verschiedenen Beschäftigten zu sorgen, wird Glock eine Bühne geben. **Diese Politik** des Vereins „Rettet das AKH“ wird nicht in der Lage sein, das AKH zu retten. Selbst eine Spende, deren Betrag für einen Milliardär von Bedeutung wäre, würde nichts an der chronischen

neun Millionen Euro im AKH-Budget. Es drohen weitergehende Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Bündnispartner für die AKH-ÄrztInnen sind nicht Glock&Lauda, sondern Pflege- und Reinigungspersonal sowie die PatientInnen. Nur solidarischer Widerstand aller Betroffenen und eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten kann Rettung bringen.

Franz Neuhold

Sie schwimmen in unserem Geld

Schulden Die Steuer- und Zollschuld der österreichischen Unternehmer liegt bei rd. 7 Mrd. Euro, das sind 11% aller Steuereinnahmen (AK OÖ, 14.10.11). Ca. 2,5 Mrd. davon sind Umsatzsteuern, die die KonsumentInnen bereits an die Unternehmen bezahlt haben. Der Sozialversicherung schulden sie eine satte Milliarde. Und laut Rechnungshofbericht von 2003 ist ein Drittel der Schulden uneinbringlich.

Geschenke In Salzburg erließ das Finanzamt einem Baumeister bei einer Gesamtsumme von 1,45 Mio. Euro rund 650.000 Euro an Steuerschuld. Geschenke gibt's auch per Gesetz: die Gruppenbesteuerung. Durch ein Firmengeflecht können Verluste eines Unternehmens in einem anderen Land bei der Mutterfirma im Inland abgeschrieben werden - dem Fiskus entgingen damit seit der Einführung 2005 ca. 250 Mio. Euro jährlich.

Vermögen Bei den Einnahmen aus der Besteuerung von Vermögen ist Österreich Schlusslicht - es sind gerade mal 0,5 % des BIP. Der EU-Durchschnitt ist dreimal so hoch. Hierzulande kann man Vermögen auch steuerschonend mit 2,5% Eingangssteuer in Stiftungen „parken“, geschätzte 60 Mrd. Euro. Es entgehen dem Staat jährlich 750 Mio. Euro.

Karin Wottawa

(Quellen: apa; diepresse.com, 20.8.2011; OTS, AK-OÖ)



Die reichsten 10 Einzelpersonen oder Familien verfügen über 63,5 Mrd. Euro, sind also ganze 6 Sparpakete schwer.

Der rechte Rand

Occupy zurückerobern!

Unter dem Namen „Occupy“ findet gerade überall auf der Welt Widerstand gegen die Krise statt. Auch in Österreich gab es bereits Proteste. Allerdings wurden diese mehr als in anderen Ländern von rechten VerschwörungstheoretikerInnen besetzt. Statt einen Protest gegen Kapitalismus zu formulieren wurden alte, oft antisemitische Phrasen benutzt. Auch wurden schon bekannte Nazis auf Wiener Demos gesehen. Das macht nicht alle TeilnehmerInnen zu AntisemitInnen, verhindert aber eine positive Entwicklung der Bewegung. Das zeigt vor allem die Schwäche der Linken, die Occupy in Österreich kaum sinnvoll beeinflusst. Es ist wichtig, die „99%“ zu organisieren, aber Occupy braucht ein sozialistisches - antikapitalistisches - Programm!

„Großgarn“ als Weg aus der Krise?

Eine Pro-Regierungs- und Anti-EU-Demonstration vom 20.01. in Budapest wirft auch Schatten nach Österreich. In der Krise wird von Seiten der Herrschenden in Ungarn das Bild des alten „Groß-Ungarns“ wiederbelebt. Ungarn stände heute nicht so schlecht da, wenn es nicht so viele Gebiete an seine Nachbarn abtreten hätte müssen, so die Rechten. An der Demo nahmen auch Menschen aus diesen Gebieten teil, so auch aus dem Burgenland. Die neo-faschistische ungarische Jobbik hatte schon zuvor Kundgebungen im Burgenland abgehalten. Die Menschen in Ungarn fallen aber längst nicht alle auf diese Ablenkung von den wahren Problemen herein. Seit einigen Monaten gibt es massive Proteste gegen den brutalen Sparkurs der Regierung.

Im Jänner 1933 kamen in Deutschland die Nazis an die Macht. Im Mai 1940 überfiel Nazi-Deutschland die Niederlande und errichtete ein Schreckensregime. In jüdischen Wohngegenden kam es zu „Jagden“ und ArbeiterInnen wurden als billige Arbeitssklaven nach Deutschland verschleppt. Im Jänner 1941 tauchte das Gerücht auf, dass rund 3.000 Werft- und Hafenarbeiter von deutscher Seite „bestellt“ wurden. Ein Streik gegen die Verschleppung am 17. Februar im Hafen von Amsterdam endete mit einem Sieg der ArbeiterInnen. Mitte Februar folgte ein neuer Höhepunkt des Terrors gegen Juden.

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

Spontan kam es zu Kundgebungen und schließlich am 25. Februar zum Generalstreik unter dem Slogan „Weg mit den Pogromen gegen die Juden“. Ganz Amsterdam stand still. Am nächsten Tag breitete sich der Streik auf die anderen großen Städte aus.

Die deutsche Besatzungsmacht schlug den Streik mit aller Gewalt nieder. SS Bataillone durchkämmten die betroffenen Gebiete und schossen auf DemonstrantInnen. Todesurteile und Massenverhaftungen zerschlugen schließlich die Streikbewegung. Die stalinistische KP war am Streik beteiligt - allerdings von seiner raschen Ausbreitung überrascht. Es wurden keine Streik- und Kampforgane gebildet. So gab es keinen koordinierten Widerstand, was die Niederschlagung erleichterte. Trotzdem bleibt der Februarstreik ein Signal für den gemeinsamen Kampf von jüdischen und nicht jüdischen ArbeiterInnen gegen faschistischen Terror. **Albert Kropf**



Widerstand gegen Kürzungen

Als die **OÖ-Landesregierung** verkündete, den Gemeinde- und Landesbediensteten 1% weniger Gehalt auszuzahlen, als in

Bei einem Gespräch mit Landeshauptmann Pühringer blieb dieser bei der Kürzung. „Das Verhandlungsteam der GdG-

zu Recht großen Unmut aus. Viele fühlen sich von der Gewerkschaft verraten.

Was in Oberösterreich ge-

Für den 1.2. hatte die Gewerkschaft GPA-DjP zu einem Aktionstag im Sozialbereich aufgerufen. An Demonstrationen, die um 14.00 bzw. 16.00 h stattfinden, können aber viele KollegInnen nicht teilnehmen, wenn es keinen Streik gibt, da sie arbeiten müssen.

Als nächsten Schritt müssen sich kämpferische Belegschaften aus dem Sozialbereich und bei den Gemeindebediensteten zusammentreffen. Auf einer oppositionellen BetriebsratInnen- und PersonalvertreterInnenkonferenz sollte eine Einhaltung des GdG-Streikbeschlusses vom 14.12. verlangt und gemeinsame Aktionen in Betrieben und auf der Straße organisiert werden.

Michael Gehmacher

Im Sozialbereich sollen Löhne gekürzt werden. Besonders betroffen ist Oberösterreich

den KV-Verhandlungen rauskommt, folgten heftige Proteste. Bei einer Demonstration der Gemeindebediensteten am 5.12. in Linz stellten 5.000 KollegInnen der Müllabfuhr, der Krankenhäuser u.a. ihre Kampfbereitschaft bei strömendem Regen unter Beweis. Am 12.1. fanden in vielen Gemeindebetrieben Betriebsversammlungen statt. Für den 1.2. wurde ein Warnstreik angekündigt.

KMSfB hat gestern mit dem Landeshauptmann keine Einigung erzielt“, heißt es in einem Brief des AKH-Betriebsrates an die Belegschaft. Die Schlussfolgerung der Gewerkschaft daraus ist aber, den Warnstreik für 1.2. auf unbestimmte Zeit aufzuschieben! In der Belegschaft des AKH-Linz, die zur treibenden Kraft im Kampf gegen die Lohnkürzungen gehört, löste der „Aufschub“

plant ist, droht in ähnlicher Form auch in anderen Bundesländern und dem privaten Sozial- und Pflegebereich. Beim zuständigen BAGS-Kollektivvertrag gibt es noch keine Einigung, viele Betriebsräte und Belegschaften orientieren sich an den MetallerInnen und wollen einen Abschluss zumindest über der offiziellen Inflationsrate.



LehrerInnen machen mobil gegen Abschiebungen

Michael Genner, der Obmann von Asyl in Not, schätzt, dass es mindestens soviel AsylwerberInnen im schulpflichtigen Alter wie Schulen gibt. Brigitte Kugler, Lehrerin am PG 18 in Wien 18 meint dazu: „Das bedeutet, dass wir LehrerInnen, vielleicht nicht gleich heute oder morgen, aber doch mit einiger Wahrscheinlichkeit, damit konfrontiert werden könnten, dass unsere eigenen SchülerInnen plötzlich aus ihrem ge-

wohnten sozialen Umfeld gerissen werden, die Klasse verlassen müssen und in ein Land zurückgeschickt werden, das sie vermutlich nicht mehr als ihre Heimat betrachten.“

In den letzten Jahren gab es erfolgreiche Kampagnen gegen solche Abschiebungen. Das soziale Umfeld - MitschülerInnen und LehrerInnen - haben hierbei die entscheidende Rolle gespielt. Bekannt sind die Fälle der SchülerInnen Araksya, Denis und Jovana.

„Es gibt Möglichkeiten für LehrerInnen, sich erfolgreich gegen Abschiebungen von SchülerInnen einzusetzen. Diese Erfahrungen können wir nutzen. Aber wie kommen die anderen Schulen zu Informationen über die Vorgangsweise bei solchen Kampagnen?“ betont Brigitte Kugler und lädt zu einem ersten Treffen von LehrerInnen, die sich hier engagieren wollen:

Do., 23.2., 19.00
Pizzeria „La Piazza“
Wien 20, Gaussplatz 7

Graz: Aktion gegen Morde in Kasachstan

Seit dem 16. Dezember 2011 befindet sich die westkasachische Stadt Schanaosen im Ausnahmezustand. Die seit Mai vergangenen Jahres streikenden Öl - Pumpstation „Ozen-MunaiGas“ sind brutaler Repression und Gewalt ausgesetzt. Nach wie vor schockieren die Berichte über Morde und Folter. Rund 200 Menschen wurden vom Regime ermordet. Während die bürgerlichen Medien die Geschehnisse totschweigen oder verfälschen, wächst der internationale Protest an.

Am 16. Dezember fand ein internationaler Aktionstag in Solidarität mit den kasachischen ArbeiterInnen statt, zu dem die internationale „Campaign Kazakhstan“ aufrief. In Wien (vor dem kasachischen Konsulat) und in Graz (vor dem Honorarkonsulat) organisierte die SLP Proteste. Zusammen mit einigen SympathisantInnen haben SLP-ArbeiterInnen mit Informationsmaterial und Reden die PassantInnen über die sich überschlagenden Ereignisse aus Kasachstan informiert. Denn genau zu dieser Zeit begann das Regime mit der brutalen Niederschlagung der Proteste - ständig mussten wir die Zahl der Toten und Verletzten nach oben korrigieren! Die Grazer PassantInnen zeigten sich er-

staunt und wütend. Die Machenschaften von Präsident Nasarbajew (dessen Berater u.a. der ehemalige Kanzler Gusenbauer ist) sind weitgehend unbekannt. Über 40 PassantInnen kauften das „Vorwärts“, aber aus dem Honorarkonsulat ließ sich niemand blicken. Trotz des Aufrufs seitens der SLP an andere linke Gruppierungen, sich an der Aktion zu beteiligen, erschien in Graz niemand. In Wien kam es am zusätzlich noch am 22. Dezember zu Protesten gemeinsam mit anderen.

Durch internationale Proteste kann viel Druck ausgeübt werden. So hat die Flut an Protestbriefen innerhalb kürzester Zeit eine dreiseitige deutsche Stellungnahme des kasachischen Regimes provoziert, was ihre Nervosität zeigt. Dieser internationale Druck muss weiter aufrecht gehalten werden.

Moritz Erkl

Unterzeichnet die Petition auf [campaignkazakhstan.org!](http://campaignkazakhstan.org/)

Aber noch wichtiger ist konkrete **Solidarität** in Form von Geldspenden. Die ArbeiterInnen erhalten kein Streikgeld, die soziale Situation ist katastrophal.

Spenden bitte an
PSK 8812.733

BLZ 60.000
(Zweck: Kasachstan)



Hofburg: WKR-Ball adé?

Am 27. Jänner fand wieder der Ball des Wiener KorporationsRings (WKR) statt. Dank breiter Kampagne vermutlich zum

und beschränkten sich auf einen kleinen Kreis. Schon Anfang 2011 hat die SLP daher die Initiative ergriffen und Kontakt zu Ge-

den WKR-Ball aus und organisierte auch Aktionen. Die Hofburgbetreiber mussten unter dem Druck den Ball ab 2013 schließen.

Rechtsextreme bedrohen Rechte der ArbeiterInnen!
Daher ist die Gewerkschaft besonders gefordert.

letzten Mal in der Wiener Hofburg. Der WKR-Ball als europaweiter Treffpunkt von faschistischer Szene und Rechtspopulisten ist eine greifbare Gefahr. Denn die rechten Recken hetzen auch gegen Gewerkschaften und die Rechte der ArbeiterInnen. So fordert z.B. FPK-Chef Dörfler die Auflösung der Gewerkschaften.

Seit Jahren wurden die Proteste kriminalisiert

werkschafterInnen aufgenommen: Mit VertreterInnen des ÖGB-Organisationsreferats und der Gewerkschaftsjugend gab es Gespräche. In Strukturen wie der GPA-DjP-Jugend wurden Resolutions verabschiedet und auch zu den linken Fraktionen (UG, GLB, FSG) nahmen wir Kontakt auf.

Letztlich sprach sich mit Ende 2011 der ÖGB gegen

lich abweisen. Ein wichtiger Schritt, auch wenn der Ball mit einer kämpferischen Kampagne auch schon 2011 verhindert werden hätte können. Für 2012 steht der Gewerkschaftsbewegung viel Arbeit bevor. Denn nicht nur der Ball, v.a. die rechtspopulistische Politik ist gefährlich und muss bekämpft werden.

Tilman M. Ruster

Salzburg: Kämpferischer Antirassismus im Schneegestöber

Traditionell hält die FPÖ im Jänner ihr Neujahrstreffen ab. Dieses Jahr versammelte man sich am 21.1. in der Salzburgarena. Straße machte deutlich, was sein „Aufbruch in die Zukunft“ bedeutet: Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ - also die erprobten Angriffe auf MigrantInnen, Soziales und unsere Löhne.

Dagegen hatte sich, auf SLP-Initiative, ein breites Bündnis gebildet. Über 250 Personen demonstrierten trotz Kälte. In gu-

ter, kämpferischer Stimmung zog die Demo zur Arena und machte dort eine Kundgebung. Schon zuvor hatte das Bündnis in einem offenen Brief die Betreiber der Arena aufgefordert, den Rassisten kein Forum zu geben. Unter Ausreden lehnten die Betreiber das ab. Wichtig war die Teilnahme von GewerkschafterInnen, denn sie haben eine besondere Aufgabe im Kampf gegen die FPÖ.

Jan Rybak

Termin des Monats
Gleiche Rechte für Alle!

Aufgrund rassistischer Hetze und Gesetze sind MigrantInnen oft doppelt und dreifach unterdrückt. Am 1. März soll es wieder zum MigrantInnenstreik kommen, um gleiche Rechte für alle hier Lebenden zu erkämpfen. Die kommenden Kürzungslawinen können wir nur zurückslagen, wenn „österreichische“ und migrantische ArbeitnehmerInnen gemeinsam kämpfen.



Die SLP ist auch heuer wieder dabei!
Infos unter:
www.1maerz-streik.net

„And the winner is: Nader & Simin.“ Diese Worte werden nicht fallen, wenn am 26.2. die Oscars vergeben werden. Dabei war das Scheidungsdrama, das die gesellschaftlichen Risse Irans widerspiegelt – und den Hintergrund für die revolutionären Ereignisse 2009 bildet –, der Film des Jahres. Sehenswert waren 2011 auch Mike Leighs „Another Year“ über Verarmung und Vereinsamung in Britannien nach 30 Jahren Neoliberalismus und „Dance Town“ über eine Frau, die von Nord- nach Südkorea flieht, um festzustellen, keineswegs ins „gelobte Land“ gekommen zu sein. Oder auch „Schlafkrankheit“ über

Rote Seitenblicke

Endstation Entwicklungshilfe. Ja, es gibt das andere Kino – auch in den USA. Z.B. „Winter's Bone“ über den Kampf einer Familie gegen Zwangsräumung in Zeiten der Depression. Vielleicht hat „Margin Call“, das Werk zur Lehman-Pleite, eine Chance, weil J.C. Chandor Stars wie Kevin Spacey und Jeremy Irons gewinnen konnte. Aber sonst wird, wie meist, Gehirnwäsche-Kino bejubelt. Bezeichnend, dass unter den sieben Top-Kassenschlagern in den USA 2011 fünf Fortsetzungen waren: „Transformers 3“, „Twilight 2“, „Hangover 2“, „Fluch der Karibik 4“ und „Cars 2“. Recycelter Müll.

Vor 40 Jahren erhielt Marlon Brando für den „Paten“ den Oscar. Er ließ er an seiner Stelle eine Vertreterin der Indigenas über Diskriminierung und Verfolgung sprechen. Undenkbar heute. Seit Michael Moores Attacke gegen Bushs Irak-Krieg 2003 werden alle Beiträge vorab durchleuchtet und zeitversetzt ausgestrahlt.

Aron Amm



Was kostet die Stadt?

50 Mio. EUR gibt Wien für Sanierungsarbeiten an den Hanappi- und Horn-Stadien aus. Den Regierenden geht es v.a. um wirtschaftliche Belange.

pagne auf die desolate Lage seines Platzes in Dornbach aufmerksam. Wird nichts unternommen, droht dem Stadion mittelfristig schon aus Sicherheitsgründen die

Ob für die Rapid Fans nach der Renovierung des Hanappi-Stadions etwas Gutes rauskommt, bleibt abzuwarten. Die Stadt zahlt die Sanierung, der Club wird

der Stadtpolitik. Geld wird nur für profitable Prestigeprojekte ausgegeben, derweil anderswo eingespart wird oder Gebühren erhöht werden. Po-

In Wien wird über Stadionsanierungen diskutiert. Es geht um mehr als um Sport.

So erzählte SP-Finanzstadträtin Brauner dem ORF, dass jedeR BesucherIn eines großen Fußballspiels in Wien durchschnittlich bis zu 25 EUR in der Stadt lasse, das sind 462.000 Euro pro Spieltag. Diese Einkommensquelle gelte es zu erhalten.

Gleichzeitig darben die Plätze der kleinen Vereine. Der Wiener Sportklub machte Ende 2011 mit einer Unterschriftenkam-

Schließung.

Noch weiter unten steht eine Vielzahl von Kleinvereinen, etwa der Favoritner AC. Diese Vereine machen viel Sozial- und Jugendarbeit. Jugendliche und Kinder aus sozial schwachen Schichten, viele mit Migrationshintergrund, finden hier ein Angebot. Vom Geld der Stadt kriegen sie aber nicht viel zu sehen. Auch hier bestimmt oft Baufälligkeit das Bild der Plätze.

aber die Gewinne einstreichen. Er ist künftig Pächter, nicht mehr Mieter. Dadurch erhält er mehr Freiraum zur Kommerzialisierung des Stadions. Zahlungsfähige Kundschaft soll angelockt werden. In der Rapid Fanszene wird bereits jetzt von zunehmender sozialer Selektion gesprochen: Proleten raus, Bobos rein.

Was hier beim Fußball geschieht gilt auch für viele andere Bereiche

litik wird für das große Geld gemacht, nicht für die Menschen. Doch keine Einsparung, keine Gebührenerhöhung ist nötig. Das Geld ist da, man muss es nur holen. Genauso ist eine Sanierung und Instandhaltung aller Stadien Wiens im Interesse von Fans, SpielerInnen und AnwohnerInnen möglich. Dazu braucht es aber eine andere Politik!

Christian Bunke

Die Muppets als die 99% ?!

Das Tier ist dank Psychotherapie gebändigt und trommelt nicht mehr. Fozzy spielt in einer dritt-klassigen Band. Miss Piggy macht Karriere in Paris. Die Glanzzeiten der Muppet-Show sind lange vorbei. Übrig blieben die verfallenen Muppet-Studios. Für diese interessiert sich der superreiche Tex Richman. Der Grund: Öl. Er will die Studios zerstören, um das darunter liegende Öl fördern zu können. Werden die Muppets das verhindern

können? Kommunistische Gehirnwäsche, meint Eric Bolling, Fox News-Kommentator. „Wir bringen unseren Kindern den Klassenkampf bei!“, tobt er. In Zeiten von wachsendem Zweifel am Kapitalismus, in denen die Hälfte aller 18-29jährigen US-AmerikanerInnen Sozialismus positiv sieht, werden die Herrschenden empfindlich. Dan Gainor vom Media Research Center meint: „Da braucht man sich nicht zu wundern, warum wir ei-

nen Haufen von Occupy Wall Street Leuten im ganzen Land haben: Die wurden buchstäblich indoktriniert, über Jahre, von diesem Zeug.“ Die Occupy-Bewegung besteht aber aus Menschen, die nicht „indoktriniert“ sind, sondern eigene – schlechte – Erfahrungen mit dem Kapitalismus gemacht haben. Die verzweifelte Empörung darüber zeigt, dass die Herrschenden in Bedrängnis sind. Ein gutes Zeichen.

Helga Schröder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Demokratie unter Beschuss

Demokratieverständnis a là EU: „Friss oder stirb“.

Das ist schließlich auch eine Wahlmöglichkeit.

Enda Kenny weiß es nicht. Der irische Premierminister hat „keine Ahnung“, warum der Entwurf für den irischen Haushaltspolitik, ein Generalangriff auf irische ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, im deutschen Bundestag aufgetaucht ist. Bevor ihn das irische Parlament überhaupt zu Gesicht bekommen hat. Viel Geld steht auf dem Spiel, und Deutschland, als stärkste Macht der EU, will sichergehen, dass die Regierung die „notwendigen Anstrengungen“ unternimmt. Demokratiepolitisch ist das für die Herrschenden in Deutschland und EU kein Problem – „Friss oder stirb“ ist ja auch eine Wahlmöglichkeit, oder?

Die EU war nie Hort der Demokratie. Vorschläge für Gesetze darf nur die nicht gewählte EU-Kommission

machen. Das EU-Parlament, die einzige von den EuropäerInnen gewählte Struktur, darf darüber diskutieren. Aber wenn der nicht gewählte EU-Rat nicht sein OK gibt, ist alles umsonst. Außerdem arbeiten in Brüssel 10 000 LobbyistInnen – die Unabhängigkeit der EU-Institutionen besteht höchstens auf dem Papier.

Die EU befindet sich nun aber nicht nur in einer Wirtschaftskrise, sondern, damit verbunden, in einer Vertrauenskrise. Von Griechenland, wo ArbeiterInnen und Jugendliche sich mit zahlreichen Generalstreiks erbittert gegen die Politik „ihrer“ Regierung wehren, bis Österreich, wo 82% der Bevölkerung der Politik „wenig“ bis „gar kein“ Vertrauen entgegenbringen – Das politische System in ganz Europa ist in einer tiefen Krise.

Kein Wunder: Regierungen führen im Auftrag von Ratingagenturen, Banken und Konzernen und der EU rigorose Sparpakte durch. Die Verfassungen, ansonsten heilige Kühe der Nationalstaaten, werden einfach so geändert – um „die Märkte zu beruhigen“.

Der so genannte „Rettungsschirm“ EFSF, in den alle Mitgliedsstaaten einzahlen müssen, ist ein Alleingang des EU-Führungsduos Sarkozy und Merkel, die die Interessen der jeweils größten und wichtigsten Kapitalfraktionen ihrer Länder durchprügeln wollen. Er steht außerhalb des EU-Rechts – Der EFSF ist eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht, die nach englischem Recht geführt wird. Die Eurostaaten sind nur Aktionäre des EFSF, ihre Parlamente durften seine Einführung nur abnicken.

Selbst der Herausgeber der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher, analysierte, „dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen“. Diese wollen schnelle und brutale Sparmaßnahmen, um weiter Profite machen zu können. Und dafür braucht es effiziente und rücksichtslose Politik. In Griechenland und Italien wurden sogar einfach die Regierungen abgesetzt und durch „Experten-“ bzw. „Übergangsregierungen“ ersetzt, die die Agenda der Banken und Konzerne effektiver durchdrücken sollen.

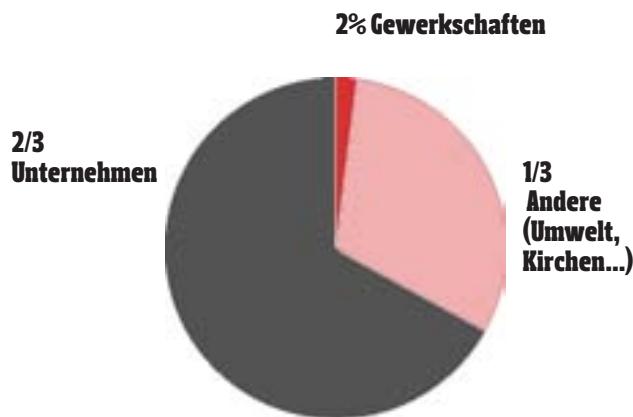
Aus Angst vor Widerstand dagegen werden grundlegende demokratische Rechte beschnitten. Über-

wachungsstaatliche Mechanismen wie die Vorratsdatenspeicherung werden ausgebaut. Mit „Anti-Terror-Paragraphen“ werden AktivistInnen kriminalisiert und der Boden für die Niederschlagung von Streiks gelegt. Die Staaten holen sich jetzt die gesetzlichen Legitimationen, um wie in Spanien mit Polizeibrutalität und Militärrecht gegen Demokratiebewegung und Streikende vorzugehen, oder wie in Deutschland zehntausende AktivistInnen auszuspähen.

Doch es gibt auch andere Entwicklungen – neue demokratische Strukturen, die sich in den Bewegungen wie Occupy oder bei den Empörten in Spanien oder Griechenland bilden.

Sebastian Kugler

Lobbying: Organisationen in Brüssel



Beispiele für Angriffe auf demokratische Rechte:

➤ **Mai 2008:** Zehn TierschützerInnen werden in Österreich nach §278a (Gründung einer kriminellen Organisation) festgenommen. Der Prozess zieht sich über Jahre und endet trotz Freispruch mit unbezahlbaren Prozesskosten.

➤ **Dezember 2010:** In Spanien streiken die Fluglotsen gegen Lohnkürzungen. Die sozialdemokratische Regierung ruft erstmals seit Ende der Diktatur den „nationalen Notstand“ aus – Und sorgt dafür, dass die Streikenden nach Militärrecht verfolgt werden.

➤ **Februar 2011:** Die sächsische Polizei späht in Dresden über eine Million Mobilfunkdaten, Telefonate und SMS aus, mehrere Hunderttausend Handy-NutzerInnen sind betroffen. Über zehntausend PolizistInnen plus Überwachungstechnik werden aufgewandt, um 20.000 Menschen daran zu hindern, dass sie sich auf die Straße setzen, um einen Aufmarsch von Neonazis zu stoppen.

➤ **Oktober 2011:** Das „EU-Sixpack“ sieht die Errichtung einer „Budgetpolizei“ vor. Staaten, die ihr Budget nicht nach den Vorstellungen

der (ungewählten) EU-Kommission richten, sollen automatisch hart bestraft werden.

➤ **November 2011:** In Griechenland und Italien danken die Regierungen ab – Sie konnten die Sparpläne der EU nicht voll umsetzen und werden durch ungewählte „Expertenregierungen“ ersetzt.

➤ **Januar 2012:** Die neue ungarische Verfassung tritt in Kraft. Die rechte Fidesz-Regierung bezieht sich positiv auf die mit Hitler verbündete Horthy-Diktatur. Künftig kann ein nicht-gewählter Rat der Zentralbank das Parlament auflösen, sollte es ein „stabilitätsgefährdendes“ Budget verabschieden.

➤ **April 2012:** Im April wird die Vorratsdatenspeicherung in Österreich eingeführt werden. Damit müssen sämtliche Telekom- und Internetverbindungsdaten, E-Mail-Verbindungen und Handystandortdaten für sechs Monate gespeichert und für den Zugriff durch den Staat bereithalten werden. In Verbindung mit §278a ein Blankoscheck für Repression gegen kommenden Widerstand.

Wieviel Demokratie verträgt der Kapitalismus?

Alle fünf Jahre ein Kreuz machen. Bei der Partei, von der man sich am wenigsten abgestoßen fühlt. Von der man erwartet, dass sie die wenigsten Versprechen bricht. Und dann hoffen. Denn was die dann machen und entscheiden, darauf haben

Volk gewählt. Auch der die BundespräsidentIn nicht. Bei neuen Gesetzen wird allerdings das Volk gefragt. Natürlich können wir mit solchen Abstimmungen mehr mitbestimmen als ohne. Die Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf

Abwählen haben sich der Kapitalismus und seine Logik noch nie lassen.

wir keinen Einfluss. Auch in „demokratischen“ Staaten sehen wir uns insgesamt mehr mit hierarchischen Strukturen konfrontiert als damit, wirklich etwas entscheiden zu können. Ob Schule, Uni, Lehre oder Arbeitsplatz: Die, die dort über unsere Köpfe hinweg bestimmen können, können wir nicht einmal wählen.

Die FPÖ will nun „mehr Demokratie“. Dass dieser Vorstoß von einer Partei kommt, die Menschen, die ohne österreichische Staatsbürgerschaft hier leben, jedes Mitbestimmungsrecht abspricht, klingt verwunderlich. Dennoch trifft der FPÖ-Ruf nach mehr direkter Demokratie v.a. auch wegen der Politik-Krise auf Widerhall. Vorbild soll die Schweiz sein. Aber auch unter Nicht-Rechten wird oft auf die Schweiz und ihre „direkte Demokratie“ orientiert. Aber ist die Schweiz das Musterland der Demokratie? MinisterInnen werden in der Schweiz auch nicht vom

war richtig und brachte das Atomkraftwerk zu Fall. Volksabstimmungen sind aber immer auch Momentaufnahmen des aktuellen Bewusstseins und beeinflussbar. Die SchweizerInnen stimmten mehrheitlich für ein Minarettverbot – Sind sie alle rechtsextrem? Nein, eine massive Propagandakampagne der rechten SVP und das Fehlen einer linken Alternative führten zu dem Ergebnis.

Fragestellung, Inhalt und Rahmenbedingungen diktieren die etablierte Politik. Das sorgt dafür, dass die Mitbestimmung im Systemrahmen bleibt – Denn abwählen haben sich der Kapitalismus und seine Logik noch nie lassen.

Auch auf größerer Ebene versagen Volksabstimmungen als Mittel, um demokratische und soziale Rechte zu verteidigen oder auszubauen: Als sich die irische Bevölkerung gegen den Lissabon-Vertrag aussprach, folgte eine erpresserische Kampagne der EU und der Regierung und eine Wiederholung der Ab-

stimmung, bis die Mehrheit die „richtige“ Entscheidung traf.

Aber die Krise des politischen Systems ist so tief, dass die Herrschenden Volksabstimmungen trotzdem fürchten. Als der damalige griechische Premier Papandreu im Herbst 2011 eine Volksabstimmung über den Sparkurs der Regierung ankündigte, war im EU-Establishment die Hölle los. Sein Plan, durch eine Einschüchterungskampagne Zustimmung zu erzwingen, war ein riskantes Unterfangen. Regierungen und Medien waren entsetzt. Weg waren alle demokratischen Männelchen. Der schwedische Außenminister Carl Bildt kommentierte: „Es gelingt mir wirklich nicht zu verstehen, worüber Griechenland ein Referendum haben will. Gibt es denn echte Optionen?“ Volltreffer.

In bürgerlichen Demokratien können wir mitbestimmen. Bei Wahlen, Volksabstimmungen, Bürgerbefragungen. Es gibt Presse- und Organisationsfreiheit. Diese Rechte fielen aber nicht vom Himmel. Sie wurden in den letzten 200 Jahren v.a. durch die ArbeiterInnenbewegung erkämpft. Grundlegende gesellschaftliche Entscheidungen, z.B. was und wie produziert wird, unterliegen jedoch nicht demokratischen Mechanismen. Lenin analysierte in seinem Buch „Staat und Revolution“: „Die Allmacht des 'Reichtums' ist in der de-



mokratischen Republik deshalb SICHERER, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische

verteidigen. In der Wirtschaftskrise benötigt das Kapital eine rücksichtslose Sparpolitik. Damit diese durchgeführt werden kann, werden auch unsere erkämpften demokratischen Rechte angegriffen und ausgehöhlt. SozialistInnen verteidigen grund-

der Ressourcen erschweren würde.

Aber auch in den demokratischsten bürgerlichen Republiken endet die Demokratie am (symbolischen) Fabrikator. Unternehmen sind hierarchisch aufgebaut, Chefs werden nicht (von unten) gewählt

Bürgerliche Demokratie ist für das Kapital die günstigste Herrschaftsform.

Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß KEIN Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“

Diese These bestätigt sich in der aktuellen Situation: Auch wenn es kaum eine Regierung Europas schafft, wiedergewählt zu werden, ändert sich am System nichts. So gratulierte der zum Teufel gejagte Ex-Finanzminister Irlands seinem Nachfolger zu seinen Plänen mit den Worten, er hätte es selbst nicht anders gemacht. Der belgische Kapitalismus kam die letzten zwei Jahren sogar ohne Regierung aus. Nun werden in der Krise demokratische Strukturen und Rechte weiter ausgehöhlt. Als SozialistInnen wissen wir um die Beschränkung dieser Demokratie. Und doch ist es notwendig, sie zu

legende demokratische Rechte der ArbeiterInnenbewegung, wie das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, Demonstrationen und Streiks durchzuführen etc. Doch wir können uns von der Einschränkung dieser Rechte trotzdem nicht davon abhalten lassen, die notwendigen politischen Kämpfe zu führen.

Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung, die in (neo)kolonialen und ausgebeuteten Ländern lebt, sind Diktaturen der Status Quo. Aufgrund kolonialistischer Ausbeutung konnten sich kaum eigenständige bürgerliche Klassen entwickeln, die ihren eigenen Staat errichten konnten, wie z.B. in Westeuropa. Sie blieben Marionetten ihrer Kolonialherren und sind es in den meisten Fällen noch heute. Auch, weil es für das Kapital billiger kommt und zusätzliche Konkurrenz, z.B. in Form von aufstrebenden afrikanischen Demokratien, unerwünscht ist und die Ausbeutung

und sind von dort schon gar nicht abwählbar. Meinungsfreiheit wird in der Arbeitswelt unmöglich gemacht. Wer sich beim Vorstellungsgespräch als SozialistIn und aktive(r) GewerkschafterInoutet, hat schlechte Chancen. Wer den Boss kritisiert, riskiert den Job. Unternehmen, die versuchen, Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb auszubauen, sehen sich schnell mit der harten Welt des kapitalistischen Konkurrenzkampfes überfordert. Im Kapitalismus können wir also überall dort mitbestimmen, wo wir nicht zu viel „kaputt“ machen können. „Echte Demokratie“ – das aber würde bedeuten, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens mitbestimmen zu können, besonders in der Arbeitswelt. Aber der Kapitalismus ist ein System, das in der Wirtschaft keine Demokratie duldet – und sie damit auch auf der politischen Ebene automatisch einschränkt.

Sebastian Kugler



Marx aktuell

Personelle Basis für betriebliche Mitbestimmung sind die Betriebsräte. Sie entsenden Vertreter in den Aufsichtsrat, haben zwingendes Informationsrecht zu geplanten Änderungen im Betrieb, in bestimmten Dingen (etwa ungerechtfertigte Kündigung) sogar ein Vetorecht. Über Betriebsvereinbarungen können Betriebsräte mit der Unternehmensleitung im Grunde alle Belange in Bezug auf die Arbeitenden eines Betriebes regeln. Vor allem aber haben sie die Möglichkeit, die Arbeitenden im Betrieb zu informieren, Betriebsversammlungen einzuberufen und so bei Bedarf Arbeitskämpfe, Streiks etc. vorzubereiten.

Gesetzliche Basis für betriebliche Mitbestimmung in Österreich sind das Betriebsrätegesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz, die 1920 von den Herrschenden den revoltierenden ArbeiterInnen zugestan-

Die Grenzen betrieblicher Mitbestimmung

den wurden. Damit sollte die Streik- und Rätebewegung befriedet werden, die sich in Österreich 1918 im Kampf gegen den Kriegshunger, beflügelt durch die erfolgreiche Russische Revolution, ausbreitete.

Die betriebliche Mitbestimmung ist, wie alles dem Kapital Abgerungen, ein Kompromiss. Vieles ist gesetzlich geregelt, vieles wieder nicht. Dem Betriebsrat fällt auch eine Vermittlerrolle zwischen ArbeiterInnen-Interessen und betrieblichen Interessen zu. Er darf etwa keine Betriebsgeheimnisse veröffentlichen. Letztlich begrenzt die Profitlogik seinen Aktionsradius. So können die Rechte des Betriebsrates von Betrieb zu Betrieb viel oder wenig sein – je nach Bewusstsein und Kampfbereitschaft der Betriebsräte und Arbeitenden.

Es handelt sich jedenfalls um reale Verbesserungen im Vergleich zum 19. Jahrhundert, wo es diese Rechte nicht gab. Wir verteidigen sie gegen jeden Angriff des Kapitals. Gleichzeitig schüren sie aber Illusionen in ein partnerschaftliches Nebeneinander von Kapital und Arbeit und sind Nährboden für reformistische Gewerkschaftspolitik: Streiks und Klassenkämpfe werden verhindert, um ein gutes Gesprächsklima für kleinere Verbesserungen nicht zu gefährden. Dazu ist Disziplinierung notwendig, Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt, die Mitglieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Durch diese Routine, gepaart mit Privilegien, hintergeht die Gewerkschaftsbürokratie ihre Mitglieder, manchmal bis hin zu offenem Verrat. So wird die Kampfkraft der Gewerkschaften insgesamt geschwächt.

Aber nur offensiver Kampf kann der Kürzungspolitik der Regierung und der Krise des kapitalistischen Systems etwas entgegensetzen. Entscheidend ist dabei das Kräfteverhältnis, welche der beiden Klassen sich durchsetzt.

Betriebsräte und Gewerkschaften können dabei eine wichtige Rolle spielen, denn wie es Karl Marx in Lohn, Preis und Profit ausdrückt: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. ... Sie verfehlten ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

Gerhard Ziegler



Sozialistische Demokratie in der Praxis

„Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ (Winston Churchill) Für bürgerliche PolitikerInnen ist die jetzige Form der Demokratie die einzige mögliche. Kritik wird mit dem Argu-

he, sich auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen. Werden diese Gruppen größer, werden oft VertreterInnen gewählt, um auch schnell handlungsfähig zu sein und z.B. mit der Gegenseite zu verhandeln

lizei und Armee, eine eigene Verteidigung organisiert werden. Manchmal geht das so weit, dass der alte Staat die Macht verliert bzw. eine Doppelmacht entsteht. Die Menschen sehen, dass ihre Räte die wichtigen Funkti-

Demokratie bleiben viele Rechte für die Mehrheit der Bevölkerung nur theoretisch: Was nützt Pressefreiheit, wenn es viel Geld braucht, um einen Fernsehsender zu gründen? Was nützt das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, wenn es keine gibt?

Erst, als auch die Betriebe durch die Räte verwaltet wurden, konnten diese Rechte wirklich von allen in Anspruch genommen werden. Z.B. wurden Druckerpressen für Gruppen ab 5000 Personen kostenlos zur Verfügung gestellt und die materielle Basis geschaffen, um andere Rechte wahrzunehmen.

Die Oktoberrevolution in Russland und ähnliche Prozesse in anderen Ländern werden von bürgerlicher Seite gerne angeführt, um ihre Form der Demokratie als die beste darzustellen. Denn die Revolution in Russland endete in der undemokratischen stalinistischen Diktatur. Das lag aber nicht an der „Bosheit“ der Menschen oder ihrem „Drang, Macht über Andere auszuüben“ sondern an bestimmten, historischen Bedingungen. Eine andere Ausgangssituati-

Revolutionen schufen immer wieder Ansätze für eine echte, sozialistische Demokratie

ment zurückgewiesen, es gäbe keine bessere Alternative. Zu viel Demokratie scheiterte immer an der „Dummheit und Bosheit“ der Menschen.

Wie falsch sie liegen, zeigte schon die Pariser Kommune 1871. Als Erste zeigte sie Ansätze für eine neue, wirklich demokratische Form der Regierung: die Räterepublik. In Russland waren es auch Räte (Sowjets) aus ArbeiterInnen, Soldaten und BäuerInnen, die 1917 vorerst einen wirklich demokratischen Staat gründeten. Was sind diese Räte?

Damit Personen, die alleine kaum Einfluss haben, etwas verändern können, müssen sie sich zusammensetzen. Kommt es zu Unmut im Betrieb, oder sonstwo, liegt es na-

– z.B. in Streikkomitees. So können Delegierte gewählt werden, die sich mit KollegInnen an anderen Standorten besprechen und überregionale Aktionen organisieren. Das ist die Keimform der Räte: eine demokratische Form, Proteste zu organisieren.

Wenn es um große Themen geht, wie 1917 in Russland die Forderungen nach Land, Frieden und Brot, und die Proteste über einen längeren Zeitraum gehen, übernehmen Räte auch andere Funktionen. Kommt die Regierung bedrängten KapitalistInnen zu Hilfe, können Räte Verwaltungsfunktionen übernehmen, die der alte Staat innehalt. Auch muss z.B. gegen StreikbrecherInnen im Betrieb, oder zum Schutz vor Po-

onen in ihrem Interesse organisieren – im Gegensatz zum alten kapitalistischen Staatsapparat. Die Betriebe laufen auch ohne einen alten bestimmten Chef weiter. Wozu also diesen noch erhalten?

1917 zog der Rat von Petrograd die logische Konsequenz: den Sturz der Regierung und des Kapitalismus. Staat und Wirtschaft lagen in der Hand der Räte. Entscheidungen wurden von denjenigen getroffen, die davon betroffen waren. Diese Staatsform ist die Grundlage zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft.

Die russische Revolution machte auch deutlich, wie eng demokratische Rechte für ArbeiterInnen mit der sozialen Frage verbunden sind. In der bürgerlichen

on und die Erfahrungen, die SozialistInnen aus der russischen Revolution gezogen haben, werden dabei helfen, ein ähnliches Ende einer neuen Revolution zu verhindern.

Tatsächlich sind die Räte ja nicht wehrlos, um sich gegen solche Tendenzen zu verteidigen. Sie sind die Macht im neuen Staat und kontrollieren auch, wie sie ausgeübt wird. Ständige Wähl- und Abwählbarkeit von Funktionen und ständige Rechenschaftspflicht von FunktionärInnen sind die besten Instrumente, um echte Demokratie zu schützen. Auch muss verhindert werden, dass sich FunktionärInnen Privilegien aneignen, wie überhöhte Gehälter.

So bleibt eine echte ArbeiterInnen-Demokratie handlungsfähig, weil Entscheidungen rasch von VertreterInnen gefällt werden können wenn nötig, diese aber ständig rechenschaftspflichtig sind und kontrolliert werden und keine Stellvertreterpolitik stattfindet. Nur in einer ArbeiterInnen-Demokratie gibt es Demokratie in Wirtschaft UND Gesellschaft.

**Lisa Wawra
Tilman M. Ruster**

Wer schön sein will, muss leiden?

Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden besonders für Jugendliche krisenbedingt immer weiter weggespart. Gleichzeitig wird das Bild erweckt, „schöne“ Menschen wären erfolgreicher und hätten bessere Jobaussichten. Verbunden mit dem Diktat der Schönheitsideale durch die Medien ist es kein Wunder, dass vor allem junge Menschen oft in eine Selbstbildkrise geraten.

„Egal ob Nase, Busen oder Po - nachgeholfen werden kann überall.“ Solche und ähnliche Aussagen sorgen für ein stetiges Wachstum der Schönheitschirurgie. Mittlerweile werden jährlich rund 50.000 Schönheits-OPs in Österreich vorgenommen - Tendenz steigend. Doch der vermeintlich einfache Weg zum perfekten Aussehen ist steinig, wie der Skandal um Brustimplantate zeigt. Der französische Hersteller PIP verwendete billiges Industriesilikikon, das v.a. am Bau als Dichtungsmasse verwendet wird. PIP verdiente an den Billig-Implantaten Millionen, die hohen Kosten für Entfernung der vermutlich krebserzeugenden Implantate übernimmt in Frankreich die staatliche Krankenkasse. Frei nach dem Prinzip: Profite privatisieren, Kos-

ten verstaatlichen. Dass es in der Schönheitschirurgie ganz und gar nicht sauber zugeht, zeigt auch „Schönheitspapst“ Werner Mang: In seiner Klinik werden laut Spiegel Patientenakten gefälscht und Ärzte ohne Zulassung führen Operationen. Durch Pfusch bleibt es oft nicht bei einer Operation, es müssen weitere folgen um die Fehler wieder auszubessern. Doch es sind nicht nur ein paar schwarze Schafe. Das Beauty-Business ist ein Milliardengeschäft. Auch wenn Unternehmen „seriös“ arbeiten, haben sie Interesse am Schönheitswahn und absurdem Körperidealen.

Durch die retuschierte Darstellung menschlicher Körper in Werbung und Medien wird ein Schönheitsbild geschaffen, das ohne Operationen nicht erreichbar ist. Gerade junge Menschen werden davon geprägt: Laut Presse wünschte sich 2008 jedes fünfte Kind zwischen neun und 14 eine Schönheits-OP - die Zahlen heute liegen wohl höher. Auch deshalb ist die SLP gegen Werbung an Schulen. Wenn im Turnsaal Plakate mit Magermodels hängen ist es nicht verwunderlich, wenn Jugendliche ein gestörtes Körperverhältnis haben.

Lila Ramharter



MitschülerInnen sagen: „Denis muss bleiben!“

Denis und seine Familie leben seit 6 Jahren als Flüchtlinge in Österreich. Ende November 2011 erhielten sie

mern wurde erstellt, damit schnell die ganze Schule kontaktiert werden konnte. Eine wienweite De-

Teilerfolg, aber die Kampagne geht weiter!

In den Weihnachtsferien trafen sich Betroffene und

Es liegt an uns SchülerInnen, mit unseren SchulkollegInnen für ihr Bleiberecht zu kämpfen!

den Abschiebescheid. Der Fall wurde über Denis' Lehrer und seinen Basketballverein bekannt - Familie Vuckovic hatte sich hier sozial verankert.

Als wir davon lasen, fuhren Schulsprecher von SLP und SLP-Umfeld sofort an Denis' Schule. Gemeinsam wurde eine Kampagne entworfen. Eine Vollversammlung wurde einberufen, ein „Vernetzungsbaum“ mit Telefonnum-

mo wurde beschlossen. Auch aus Jovanas (Denis' Schwester) Schule wurden Proteste organisiert.

Trotz der kurzen Zeit demonstrierten 500 zum Innenministerium. Denis & Jovana, ihre Freunde, MitschülerInnen, MitorganisatorInnen und SLPlerInnen hielten Reden. Der mediale Druck wuchs, Denis wurde „Wiener der Woche“, und der Fall wurde neu aufgerollt - Ein

AktivistInnen zum „Bleiberechtsseminar“. Themen waren u.a. Fluchtursachen und wie wir Abschiebungen verhindern können.

Täglich werden 7 Menschen abgeschoben. An jeder Schule befinden sich Betroffene. Nur gemeinsam können wir erreichen, dass unsere FreundInnen hier bleiben! Vernetzt euch in den Schulen, haltet euch auf dem Laufenden!

Sedef Yavuz

Jo + Franz: Rechte Alternativen?

Nachdem sein braunesoterischer „Bewusst-Kongress“ dank einer Kampagne der SLP im Herbst (Vorwärts berichtete) floppte, versucht Jo Conrad es wieder. Beim „Wahre Alternativen“-Kongress in Bruck/Leitha will er seine Theorien verbreiten. Er fiel bereits durch Aussagen über alles kontrollierende Aliens und bösartige „jüdische Gedanken“ auf. Auch am Kongress: Franz Hörmann, der sich als Teil der Occupy-Bewegung sieht

und mit dem Schweizer Nazi Klaussner die „Human Way Partei“ gegründet hat, in der alle Platz hätten, auch Nazis (Quelle: derstandard.at).

Wir kämpfen für eine antikapitalistische Occupy-Bewegung, ohne Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus. Deswegen wollen wir im März gegen diesen Kongress mobilisieren und gleichzeitig Alternativen zu den rechten Schein-Alternativen aufzeigen.

Fundstück des Monats



Überwachungsstaat & Orwell: In „1984“ warnt George Orwell vor dem Überwachungsstaat: „Freiheit ist mehr wert als bunte Bänder.“ Nun wird der nach ihm benannte Platz in Barcelona videoüberwacht. Orwell ging in den 30er-Jahren nach Barcelona, um im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus zu kämpfen.



Als vorübergehenden Waffenstillstand bezeichneten ArbeiterInnen am Berliner Universitätsklinikum Charité am 9.12.2011 ihre Entscheidung, nach 89 Tagen Streik die Arbeit wieder aufzunehmen. Erreicht hatten sie einen vertraglich festgeleg-

ten schon im Mai 2011 einen zweiwöchigen Streik für die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Diese wurden auch durchgesetzt, aber nach drei Monaten ergebnislos für gescheitert erklärt, weil die Geschäftsführung zu keinen angemessenen Rege-

tere im Betrieb vertretene Gewerkschaft, die IG BAU, nur Reinigungskräfte vertreten will und den Streik sabotierte.

Vom ersten Tag an übte die Geschäftsführung auf Streikende und Nicht-streikende erheblichen

regierenden SPD, Aktio-nen zur Verzögerung von Materiallieferungen des Charité-Lagers und vieles mehr. Eine bedeutende Rolle spielte auch die Solidarität in Berlin, der Bundesrepublik und international. Neben unzähligen Solidaritätserklärungen gab es eine große offene Streikversammlung, an der über 150 VertreterInnen anderer Berliner Betriebe und Gewerkschaf-ten teilnahmen, zwei gro-

permanente Verschlech-terung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten. Und nicht zuletzt als Pro-test gegen Privatisierung und Ausgliederung, die immer zu Verschlechte-rungen für Beschäftigte und NutzerInnen (in die-sem Fall PatientInnen) führen. Folgerichtig ist die grundlegende Forderung der KollegInnen auch die Wiedereingliederung der CFM in die Charité.

Der Arbeitskampf wurde unterbrochen, ist aber nicht beendet. Der Kampf für einen Tarifvertrag geht weiter und die CFM-Beschäftigten stellen sich darauf ein, dass sie ohne neuerlichen Arbeitskampf in den Tarifverhand-lungen ihre Forderungen wahrscheinlich nicht durchsetzen können. Jetzt werden die gewerkschaftlichen Strukturen im Be-trieb verbessert, um bald-möglichst gestärkt und mit mehr KollegInnen wieder in den Streik treten zu können, wenn es nötig werden sollte.

Sascha Stanicic,

Mitglied der Streiklei-tung (Funktionsangabe dient nur zur Kenntlich-machung der Person) und des CWI Deutschland

www.sozialismus.info

ArbeiterInnen an der Berliner Charité erzielen Teilerfolg durch Arbeitskampf und Solidarität.

ten Mindestlohn von 8,50 Euro und die verbindliche Zusage auf Tarifverhandlungen (Tarifvertrag = Kollektivvertrag).

Denn einen Tarifvertrag gibt es für sie nicht. Es handelt sich um die ArbeiterInnen der Charité Facility Management GmbH (CFM), der 2006 ausgegliederten und teilprivatisierten Tochter des Klinikums, verantwortlich für Krankentransport, Reinigung, Küche, Sicherheitsdienst, Sterilisation etc.

Hier wurden Niedrigst-löhne von unter sieben Euro/Stunde gezahlt, es herrschen miese Arbeitsbedingungen, Arbeitsverträge werden individuell ausgehandelt und es gibt keinen Tarifvertrag. Die Gewerkschaften ver.di und gkl organisier-

lungen bereit war. Daraufhin ging eine Minderheit von bis zu 300 KollegInnen am 12. September in den unbefristeten Streik.

Dieser wurde unter schwierigen Voraus-setzungen geführt, umso höher ist der erreichte Zwischenerfolg einzu-ordnen. Die Belegschaft ist aufgespalten: ca. 1/4 verfügen nur über befristete Verträge und trauen sich eher nicht, an einem Streik teilzunehmen, weil sie dann keine Chance auf einen fixen Vertrag mehr sehen. 1/3 sind „gestellte“ MitarbeiterInnen, die 2006 von der Charité in die CFM überführt wurden und weiter bei der Charité zum dortigen Tarifvertrag angestellt sind und an die CFM entliehen werden. Hinzu kam, dass eine wei-

Druck aus. Es wurde mit Abmahnungen und Arbeitsplatzverlust gedroht, Rausschmeißertypen ei-ner privaten Sicherheitsfirma verfolgten die Streikenden auf Schritt und Tritt, Plakate und Fahnen der Gewerkschaften wurden immer wieder heruntergerissen und zerstört.

Die Streikenden haben sich nicht einschüchtern lassen, große Entschlos-senheit und langen Atem bewiesen. Sie haben ihren Streik aktiv und kreativ geführt: tägliche De-monstrationen und Aktio-nen, darunter Flashmobs in einem von einem der privaten Teilhaber (Duss-mann-Gruppe) betrie-bebenen Kaufhaus, Mahnwachen vor dem Sitz des Charité-Vorstands und der Landeszentrale der

Die KollegInnen verstan-den ihren Arbeitskampf nicht nur als Kampf für ein besseres Einkommen und bessere Arbeitsbe-dingungen für sich sel-ber, sondern als Teil einer gesellschaftlichen Ausei-nandersetzung gegen die

Im Osten viel Neues!

20 Jahre Kapitalismus – und die Lage in den Ländern der früheren Sowjetunion ist katastrophal. Aber nun: Massendemos in Russland, erbitterte Streiks in Kasachstan – kommt der „kaukasische Frühling“? „Vorwärts“ sprach mit Aktivisten den dortigen Schwesterorganisationen der SLP, Rob Jones und Ainur Kurmanov.

Rob, seit den „Wahlen“ in Russland gibt es massive Proteste gegen die Putin-Regierung. Wie hat sich die Bewegung entwickelt und wie geht es weiter?

Die Wahlen waren Scheinwahlen. Es gab Fälschungen und echte Opposition wurde gar nicht erst zugelassen. Das provozierte die Bevölkerung, die seit der Krise mit Kürzungs- wellen bombardiert wird. Die Antwort war Repression – Auf der ersten Demo wurden 500 verhaftet, auch ein Aktivist von uns. Trotzdem: Am 24.12. demonstrierten 100 000 Menschen in Moskau. Leider wird die Bewegung von Leuten geführt, die niemand legitimiert hat, Pseudo- Oppositionelle, die ihr Stück vom Kuchen haben wollen. Im März sind Präsidentschaftswahlen. Wir rufen zum Boykott dieser „Wahlen“ auf. Wir wollen die Auswei-

tung der Proteste, basierend auf demokratischen Aktionskomitees und einer Konstituierende Versammlung, auf der die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen vertreten werden.

Ainur, du bist „Staatsfeind Nr. 1“ des kasachischen Diktators Nazarbayev, wie ist nun die Situation nach dem Aufstand der ÖlarbeiterInnen und den „Wahlen“ im Jänner?

Der Versuch, den Streik der ÖlarbeiterInnen mit Polizei, Marine und Militär niederzuschlagen, war erfolglos. Der Streik geht weiter, die brutale Repression auch. Die Wahlen waren eine Farce. Die Stimmung kann jederzeit explodieren. Wir bauen die unabhängigen Gewerkschaften weiter aus und treiben die „Sozialistische Bewegung Kasachstan“ voran. Sie wächst schnell und spielt die zentrale Rolle in den Protesten. Sie kann die Basis für eine ArbeiterInnenpartei sein, die die Diktatur Nazarbayevs stürzen kann.

Die ganze Region befindet sich im Aufstand – Auch in Weißrussland, Kirgistan und der Ukraine wachsen die Proteste an. Wir stehen am Anfang einer Phase massiver Umbrüche.



Gemeinsamer Kampf ist nötig

Viele Bilder gingen in den letzten Monaten und Wochen durch die internationalen Medien – Frauen Seite an Seite mit Männern während der ägyptischen

Muslimbrüder und die radikalislamische „Partei des Lichts“) konnten das Vakuum nach der Revolution nutzen und gemeinsam mehr als 70% der

frauenechts bei Verhafteten, massive physische Gewalt gegen protestierende Frauen und die Abschaffung (!) der Frauenvote im Parlament

Eine „zweite“ ägyptische Revolution kann nur mit der Beteiligung von Frauen siegreich sein.

Revolution, Frauen in den Warteschlangen bei der Stimmabgabe, vom Militär niedergeprügelt und entblößt Frauen. Das Bewusstsein des notwendig gemeinsamen Kampfes beider Geschlechter hat sich während der Massenproteste letztes Jahr schnell entwickelt. Doch bei den ersten freien Wahlen der Post-Mubarak Ära zeigt sich ein anderes Bild. Islamische Kräfte (die

Stimmen erzielen. Dies war möglich, weil bisher keine relevanten Organisationen der ArbeiterInnenbewegung entstanden sind, die soziale, demokratische UND Frauenfragen verbinden.

Die militärische Übergangsregierung versuchte sich bereits ans neue islamische Regime anzubiedern und setzte auf (mittlerweile verbotene) Jung-

– Zeichen eines Rückwärtsgangs in ein konservativ geprägtes Ägypten. Gleichzeitig haben aber auch die Frauen bewiesen, dass sie nicht mit den Protesten aufhören werden und eine – wenn nicht momentan gar die – tragende Kraft der „zweiten“ ägyptischen Revolution sind. Ohne Frauen keine erfolgreiche Revolution!

Maria Hörtner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Brasilien: Kampf ums Wohnen

Brasilianische Spekulan- tInnen kaufen Land am Stadtrand billig auf und lassen es leer stehen, bis die Preise steigen. Andererseits haben Familien keinen Raum zu leben. In Lateinamerika gibt es die Tradition von Landbesetzung. Eine der größten der letzten Jahre ist Pinheirinho, in São José dos Campos. 1.700 Familien leben dort, das sind rund 9.000 Menschen, darunter 3.000 Kinder. Die Menschen haben sich entschlossen ge-

gen die Räumung gewehrt und um ihre selbst gebau- ten Wohnungen gekämpft. Liberdade Socialismo e Revolução (CWI in Brasilien) organisiert einen wesentlichen Teil der Solidaritätskampagne. Am 22.1. wurde brutal geräumt. Die Polizei hinterließ drei Tote, darunter ein Kind. Das Gelände wurde für profitable Bauprojekte freigeschossen. Der Widerstand gegen das Morden formiert sich...

www.lsr-cit.org

Griechenland: Zeitung besetzt

Dramatische Lohnkür- zungen oder überhaupt ausstehende Lohnzahlungen führen dazu, dass ArbeiterInnen in Griechenland kein Geld haben und in Folge sogar ihre Wohnung verlieren. Die Beschäftigten einer der größten Tageszeitungen „Eleftherotipia“ traten daher in den Streik. Das Unter- nehmen zahlte nicht und meldete sogar Konkurs an. Da besetzten sie kurzerhand die Redaktion. Mitglieder von Xekinima, der

griechischen Schwesterorganisation der SLP sind aktiv in einem Koordinationskomitee von MedienmitarbeiterInnen, das diesen und andere Arbeitskämpfe im Medienbereich verbindet. Sie schlagen dort vor, diese Zeitung künftig selbst von den Beschäftigten zu produzieren und gegen die Kürzungs- politik zu verwenden. Die Idee findet Unterstützung. Regierung und Unternehmern werden nervös.

www.xekinima.org

China: Flucht

Der 24-jährige Zhang Shujie, Sozialist und Unterstützer des CWI, musste aus China fliehen, um weiterer Verfolgung und Gefängnis zu entgehen. Die chinesischen Behörden gehen verschärft gegen linke AktivistInnen vor, die die ArbeiterInnenproteste in China unterstützen und u.a. freie Gewerkschaften fordern. Nach der Flucht steht nun ein Asylverfahren in Europa an.

www.chinaworker.info

Demokratisches Geld

im Kapitalismus?

Seit Jahren stolpert die Wirtschaft von einer „Finanzkrise“ in die nächste. Weil das System offensichtlich nicht funktioniert, gibt es verschiedenste Lösungsansätze. Einer ist das Konzept „Demokratische Bank“. Doch inwiefern können damit die Probleme gelöst werden? Ein Pro & Kontra mit VertreterInnen der Demokratischen Bank und der SLP.

Demokratische Bank

PRO: Finanzkrisen entstehen nicht zufällig oder aufgrund von Fehlern im System. Das System an sich ist die Ursache. Das kapitalistische Prinzip, Kapital nur nach den Kriterien der kurzfristigen Renditenmaximierung anzulegen, hat dazu geführt, dass immer mehr Geld in spekulative Produkte investiert wird. Wichtigster Motor in diesem Spiel sind Anlagegesellschaften und die mit ihnen verbundenen Banken. Im produktiven Sektor sind Renditen, wie sie im Bereich der Finanzspekulation erreicht werden, nicht zu erwirtschaften. Das Missverhältnis zwischen virtuellem Kapital und Realwirtschaft führt unweigerlich zu großflächigen wirtschaftlichen Zusammenbrüchen. Die Kosten dafür trägt die Allgemeinheit über Steuererhöhungen oder Sozialeinschnitte. Für nachhaltiges, solidarisches und ökologisches Wirtschaften braucht es Gegenmehr.

In Österreich gibt es erste Initiativen dazu: Die Demokratische Bank und die Gemeinwohl-Ökonomie. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein alternatives Wirtschaftsmodell, bei dem nicht die Profitmaximierung, sondern das Streben nach Gemeinwohl zählt. Unternehmen sollen nicht mehr ausschließlich ihren finanziellen Profit messen, sondern Indikatoren wie die Sinnhaftigkeit von Produkten und Dienstleistungen, Arbeitsplatz-

qualität, CO2-Fußabdruck u.v.m. Dies geschieht mittels einer Gemeinwohl-Bilanz. Damit gemeinwohlorientierte Unternehmen in Zukunft unterstützt werden, braucht es neue Gesetze, die diese Betriebe mit niedrigeren Steuern, billigeren Krediten, Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen etc. fördern. Ziel ist es, das Anreizsystem von Konkurrenz auf Kooperation umzupolen. Ausgehend von Österreich beteiligen sich bereits knapp 500 Unternehmen aus 10 Staaten an der Weiterentwicklung des Modells.

Ganz wichtig dabei: Geld muss seinen Warencharakter verlieren und wieder zum reinen Tauschäquivalent werden. Die Demokratische Bank ist darum ein zentraler Teil der Gemeinwohl-Ökonomie. Sie soll das fatale Prinzip der Profitmaximierung aufbrechen. Sie ist nicht gewinnoorientiert, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet. Im Sinne solidarischer Ökonomie sollen lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden. Kredite werden nach Maßgabe ökonomischer Rentabilität und des sozialen und ökologischen Mehrwerts vergeben. Je höher dieser Beitrag eines Unternehmens, desto besser die Konditionen, erklärte Gemeinwohlmuffel bekommen gar keinen Kredit. So wird die Demokratische Bank zum ökosozialen Steuerungsinstrument.

Barbara Stefan und Michael Schmid
Projekt Demokratische Bank



Wenn's um's Geld geht, hört die Demokratie auf

CONTRA: Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Wie recht Brecht schon 1928 hatte. Aktuell lehnt die Europäische Zentralbank Großbanken Geld für knapp ein Prozent Zinsen, damit diese es den Staaten mit 6, 8, 10 oder mehr Prozent weiterverleihen. Brauchen wir lediglich vernünftige PolitikerInnen und UnternehmerInnen, die die richtigen Rahmenbedingungen setzen, also derlei Irrsinn verbieten oder nicht vollziehen und demgegenüber Investitionsanreize für „gutes Wirtschaften“ setzen? Ist also ein harmonischer Wechsel hin zur demokratischen Ökonomie möglich? So verlockend der Gedanke ist – die Realität lehrt das Gegenteil. Zur Zeit höhlt der bürgerliche Staat selbst die bestehenden „demokratischen“ Institutionen im Namen der Rettung des Systems aus. Gleichzeitig erzählt man griechischen LehrerInnen mit 600

Euro brutto/Monat, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Wer glaubt, dass hier „Anders Wirtschaften“ ohne sprichwörtliche „Brösel“ gehen kann, ist naiv oder ignoriert bewusst die Verteilungs- und damit Machtfragen. In der politischen Praxis folgt daraus oft eine „Wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass“-Haltung. So konnte sich z.B. ATTAC-Österreich 2008/09 nicht zu einer klaren Opposition gegenüber dem „Bankenrettungspaket“ durchringen. Die SLP fordert(e) die Übernahme der Banken durch die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten, KundInnen und Gewerkschaft.

Doch es ist nicht nur eine klare Antwort auf die Frage, ob das Bankensystem öffentlich subventioniert oder bekämpft werden muss, nötig. Ebenso sollte man das Argument von Regierung und Wirtschaft, dass ein Zusammenbruch des Finanzsystems Folgen für die „Realwirtschaft“

hätte, durchaus ernst nehmen. Denn kann man die Finanz- und Produktionsosphäre in unserem System tatsächlich voneinander trennen? Oder bilden die großen Banken und Weltkonzerne nicht längst organische, die Weltwirtschaft dominierende Einheiten? Geht es also nicht vielmehr um das Gesamtsystem – und nicht nur dessen Finanzsektor!? Und wann war Widerstand gegen dieses System zumindest punktuell erfolgreich? Waren es jene, die regional abgekoppelte Gemeinwirtschaftsmodelle vertraten, oder jene, die versuchten, Verteilungskämpfe zu organisieren und sich dabei ebenfalls international vernetzten? Und dabei auch die Eigentumsfrage aufwarfen, um eine „Gemeinwohlökonomie“ namens Sozialismus zu entwerfen, die nicht nach den Bedürfnissen eines Marktes, sondern jenen der Bevölkerung, demokratisch plant?!

John Evers

Sozialistische LinksPartei

SLP-Programm genau erklärt:

Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Vertei-

Laut Wifo würde eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden 130.000 Jobs bringen. In der Krise 2008/9 haben aber trotz Kurzarbeit 90.000 Menschen ihren Job verloren (Wifo 2010). Um Arbeits-

en Jobs geschaffen. 2009 haben die Unternehmen behauptet, die Lohnverluste in der Krise seien nur vorübergehend. Doch die Lohnrunden machen die Verluste kaum wett und die nächste Krise steht vor

30-Stunden-Woche und € 1.200,- netto Mindestlohn müssen erkämpft werden.

lung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

Die Anhebung des Pensionsalters, Personalabbau im öffentlichen Dienst und Personalabbau durch die Krise werden die Arbeitslosigkeit steigen lassen. Das erhöht den Druck auf Löhne und bringt weitere Angriffe auf Arbeitslose.

losigkeit wirksam zu bekämpfen, ist daher eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden nötig. Unmöglich? 1994-2011 stieg die Produktivität um 21,4 % (preisbereinigt). Die Reallöhne stiegen nur um 0,6% (Die Arbeit, 2/11). Entscheidend ist der Lohn- und Personalausgleich: Wir müssten sonst dieselbe Arbeit in weniger Zeit für weniger Geld leisten - und es werden keine neu-

der Tür. Daher Mindestlohn von 1.200 Euro netto. Unrealistisch? Die zehn reichsten Familien in Österreich besitzen 63,5 Mrd. Euro! Entscheidend ist das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen. Verbesserungen müssen erkämpft werden. Wenn der Kapitalismus sich diese Forderungen nicht leisten kann/will - dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

Wir haben keine Privilegien

„**Sollte ein Mitglied** der SLP eine bezahlte politische Funktion übernehmen, so hat sich sein/ihr persönliches Einkommen höchstens an einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn zu orientieren.“ - § 4 Punkt 16 des Statutes der SLP. Das ist einer der wichtigsten Punkte unserer politischen Praxis. FunktionärInnen, die andere politisch vertreten, dürfen nicht mehr verdienen als die, die sie ver-

treten. Das gilt besonders für GewerkschafterInnen. Sonst entsteht eine Abgehobenheit von Bürokraten zur „Basis“.

„**Die da oben wissen** ja nicht einmal mehr, wie viel ein Laib Brot kostet!“, sagt meine Oma immer. Wie denn auch? Die teuren Preise sind weit weg von der Lebensrealität der meist sehr gut verdienenden PolitikerInnen. Was bewegt sie dann noch, für

leistbares Leben für alle einzutreten? Das CWI, die internationale Dachorganisation der SLP, hat MandatarInnen in Gemeinderäten, Parlamenten und auch Paul Murphy im EU-Parlament. Alle diese behalten sich von ihrem Gehalt nur einen durchschnittlichen Lohn und geben den Rest an politische Kampagnen.

Jan Millonig

Die neue Kampagne: Fight back! Coole Pickerl brauchen deine Spende!

Die SLP ist aktiv in vielen Bewegungen und Kämpfen. Fast immer geht es um den Widerstand gegen die Kürzungen und Belastungen gegen uns alle, kurz: die Krise! Obwohl das so ist, finden viele Proteste bislang getrennt voneinander statt. Kämpferische Gewerkschaften und eine große linke Partei fehlen als Dach, unter dem sich die Menschen verbünden könnten. Die SLP will mit der neuen Kampagne ein Angebot machen: Tut euch

zusammen und leistet gemeinsam Widerstand!

Um die Kampagne stark zu machen, braucht es vieles, darunter auch Geld. Plakate, Pickerl und Flyer müssen gedruckt und verbreitet werden. 100 Pickerl kosten ca. 10€.

Spende das Geld für 100, 200... Pickerl:
PSK 8812.733
BLZ: 60.000
Verwendungszweck:
Fight-Back!



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Jugendgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Amerlinghaus'
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SLP-Unigruppe
jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im 'Café Daun', Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Gasthaus Zypresse'
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns



Am 21.1. demonstrierten auf Initiative der SLP ca.200 AntifaschistInnen gegen das Neujahrstreffen der FPÖ. Der ORF berichtete und brachte die Rede von Jan Rybak, SLP-Aktivist und Mitorganisator der Demo. Rybak griff die FPÖ wegen ihres Rassismus und ihrer Korruptheit an und machte klar, dass sie, entgegen aller Rhetorik, für Angriffe auf ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche steht.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

FPÖ: Die Partei des reichen Mannes!

Nur eine ArbeiterInnenpartei kann das Sparpaket und somit die FPÖ stoppen.

Als die FPÖ 2000 auf der Regierungsbank platz nahm, konnte sich jedeR überzeugen, wessen Interessen die Partei des "kleinen Mannes" vertritt. Sie betrieb zusammen mit der ÖVP eisern Sozialabbau und führte neoliberale Privatisierungen durch. In der Opposition gibt sich die FPÖ wieder als „soziale“ Partei und distanziert sich scheinbar von der Regierungsarbeit. Nun steht ein neues Sparpaket an, das es in sich hat. Die FPÖ hält sich be-

deckt, doch was durchblitzt richtet sich wieder gegen ArbeitnehmerInnen: „Einsparungen in der Verwaltung und bei den Krankenkassen“, außerdem Angriffe auf ÖGB und AK als jene Organisationen, die die Interessen der Beschäftigten vertreten (sollen). Tatsächlich ist die FPÖ die Partei der Banken und Konzerne und versucht, das durch soziale Rhetorik und Rassismus zu verschleiern. Ihre Politik soll die Menschen gegeneinan-

der ausspielen, um einen gemeinsamen Kampf gegen das Sparpaket zu verhindern. Die hohen Umfragewerte der FPÖ drücken v.a. das Fehlen einer linken Massenpartei aus, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen ohne Kompromisse vertritt – also ein sozialistisches Programm verfolgt. Nur mit so einer neuen Partei können die Angriffe dieses und folgender Sparpakete effektiv bekämpft werden.

Georg Kumer



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Denis & Jovana: Abschiebung voerst verhindert

Mehr auf Seite 11